

Ausstieg erleichtern

Mit dem Projekt KOMPASS soll Personen der Ausstieg aus der extremistischen Szene erleichtert werden. Eine neue Studie soll einen besseren Überblick über extremistische Tendenzen im Integrations- und Migrationsbereich geben.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) beauftragte im September 2020 den Verein *NEUSTART* mit der Umsetzung einer koordinierten Ausstiegs- und Deradikalisierungsarbeit für Personen, die freiwillig aus einer extremistischen Szene und Ideologie aussteigen wollen. „Damit gehen die Sicherheitsbehörden eine für die Extremismus-Prävention unabdingbare Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ein, die auf die Verhinderung von ideologisch oder religiös motivierten Straftaten und auf die Ermöglichung von Alternativen zu einem extremistischen Umfeld abzielt“, sagt Innenminister Karl Nehammer.

Projekt KOMPASS. Das BVT und der Verein *NEUSTART* initiierten das Projekt *KOMPASS*, ein Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramm. Ziel dieses Projekts ist die Distanzierung radikalisierten Personen von extremistischen Ideologien sowie die Ermöglichung der Resozialisierung und Reintegration dieser Personen. Das Risiko, das von einer radikalisierten bzw. ex-

tremistisch ideologisierten Person ausgehen kann, soll somit verringert werden. „Radikalisierte und extremistisch ideologisierte Personen sind ein Risiko für die innere Sicherheit unseres Landes. Mit dem Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramm *KOMPASS* sollen Alternativen zu extremistischen Ideologien aufgezeigt und eine weitere Radikalisierung verhindert werden. Damit werden Ausstiegswillige unterstützt und das Risiko für die Gesellschaft minimiert“, sagt Nehammer.

Freiwillige Teilnahme. Im 21-monatigen Projektzeitraum werden alle Formen des Extremismus mitberücksichtigt. Durch engmaschige und individuelle Betreuungsmaßnahmen soll auf Alternativen zu extremistischen Ideologien abgezielt und weitere Radikalisierung verhindert werden. Die Zielgruppe umfasst nicht nur straffällige Personen nach der Haftentlassung, sondern auch jene Personen, die den Absprung von einer extremistischen Ideologie schaffen wollen. Wesentliches Merkmal ist die freiwillige Teilnahme der ausstiegswilligen Personen.

Der Verein NEUSTART, der als koordinierende Stelle agiert, verfügt über jahrzehntelange Erfahrung im Bereich des Übergangsmangements zwischen Haft und Freiheit sowie bei der Reintegration und Resozialisierung von Personen. Neben dem Verein *NEUSTART* wird anlassbezogen die Expertise von spezialisierten Organisationen herangezogen, die mit unterschiedlichen Methoden mit Klienten arbeiten und damit gute Erfolge verzeichnen konnten. Dazu soll ein österreichisches Netzwerk etabliert werden.

EXIT Europe. Geplant ist auch eine enge Zusammenarbeit des österreichischen Projekts *KOMPASS* mit dem EU-Projekt „EXIT Europe“. Es hat die gemeinsame Erarbeitung von Methoden zum Ziel sowie die Durchführung von Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit in Europa und wird über Mittel aus dem *Europäischen Fonds für die innere Sicherheit-Polizei (ISF-P)* finanziert. Neben Österreich beteiligen sich Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und die Slowakei an diesem Projekt.

EXTREMISMUS-PRÄVENTION

BVT und BFA kooperieren

Mag. Johannes Freiseisen, der geschäftsführende Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), und der Vizedirektor des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl (BFA), Mag. Gernot Maier, unterzeichneten am 30. September 2020 in Wien eine Kooperationsvereinbarung zum Thema „Extremismus-Prävention im Kontext Flucht und Migration“. „Mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung besiegeln wir die bereits seit mehreren Jahren bestehende gute Zusammenarbeit dieser Behörden und legen den Grundstein einer künftigen verstärkten Vernetzung, um gemeinsam gegen jede Form des Extremismus anzukämpfen“, sagten BFA-Vizedirektor Maier

und BVT-Direktor Freiseisen. Flüchtlingsbewegungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass auch extremistische Gruppierungen die Situation nutzen wollen, um Personen nach Europa einzuschleusen. Diese Befürchtung hat zu öffentlichen Diskussionen und einer gesellschaftlichen Polarisierung geführt. Im Hinblick auf die komplexen Herausforderungen ist es daher wichtig, behördenintern Aufklärungsarbeit im Bereich Extremismus-Prävention im Kontext von Flucht und Migration zu leisten. Das BVT hat gemeinsam mit dem BFA bereits erfolgreich damit begonnen, sowohl Führungskräfte als auch verfahrensführende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf Radikalisierungs- und Extremismus-Prävention im Kontext von Flucht und Migration sowie der Möglichkeit des

Erkennens eines Erstverdachts und einer möglichen Radikalisierung zu sensibilisieren und fortzubilden. Durch diese Sensibilisierungen und das Aufzeigen von Indikatoren für etwaige Radikalisierungsprozesse sollen Unsicherheiten abgebaut und mögliche Radikalisierungstendenzen unter Geflüchteten leichter erkannt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen dem BVT und dem BFA bringt nicht nur eine stärkere Vernetzung, sondern ermöglicht auch, die gegenwärtigen Aufgaben gemeinsam zu bewältigen. Mit der Stärkung dieser Kooperation wird die Präventionsarbeit der österreichischen Sicherheitsbehörden weiter professionalisiert. Auf diese Weise kann extremistischen Bedrohungslagen gemeinsam langfristig und effizient entgegengewirkt werden.

Gesamtstaatliche Anstrengung. „Die Möglichkeit der Ausstiegsbegleitung muss als gesamtstaatliche Anstrengung angesehen werden“, sagt Innenminister Nehammer. Eine Ansicht, die seit Jahren auch vom „Bundesweiten Netzwerk Extremismus-Prävention und Deradikalisierung“ (BNED) mitgetragen wird. Das BNED ist Österreichs strategisches Gremium zum Thema Extremismus-Prävention und Deradikalisierung und wurde im Juli 2020 von der Bundesregierung als solches anerkannt.

Das Netzwerk besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Ministerien, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, allen Bundesländern sowie dem Städte- und Gemeindebund.

Das BNED trifft sich in regelmäßigen Abständen, um sich über drängende Fragen der Radikalisierungs- und Extremismus-Prävention auszutauschen. Als eine erste Maßnahme hat das BNED die „Österreichische Strategie Extremismus-Prävention und Deradikalisierung“ erarbeitet. Diese Strategie stellt ein wichtiges Grundlagendokument für die Arbeit mit allen Extremismus-Formen dar.

Neue Extremismus-Studie. Integrationsministerin Susanne Raab nimmt den aktuellen Fall des islamistischen Terrors in Oberösterreich zum Anlass, nochmals vor der Gefahr von Extremismus in Österreich zu warnen. „Wir müssen in Österreich konsequent gegen alle Formen des Extremismus und der Radikalisierung vorgehen. Es ist unsere Aufgabe, möglichen Gewalt-Eskalationen oder jeder Form von Terrorismus den Nährboden zu entziehen“, sagt die Integrationsministerin. „Im Kampf gegen Parallelgesellschaften wird deshalb eine Studie über extremistische Tendenzen im Integrations- und Migrationsbereich in Auftrag gegeben, um einen besseren Überblick über die Szene in Österreich zu erhalten“, kündigt Raab an.

Der Kampf gegen den politischen Islam wird insbesondere durch die neue Dokumentationsstelle intensiver denn je zuvor vorangetrieben. Ist jedoch die Radikalisierung oder extremistische Einstellung so weit vorangeschritten, dass die Sicherheit des Landes gefährdet ist, bieten das Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramm eine gute Option, dem entgegenzuwirken“, sagt Raab. *Werner Ramszl*